

Sozialpsychologische Empfehlungen an Gesellschaft und Politik zum Umgang mit Geflüchteten in Deutschland¹

Ulrich Wagner

Zusammenfassung

Der Artikel beschreibt und diskutiert einige sozialpsychologische Mechanismen, wie die Kategorisierung oder die Bedeutung von Gruppenmitgliedschaften und Eigengruppenaufwertung. Aus den beschriebenen Mechanismen lassen sich jeweils Empfehlungen für den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der gegenwärtigen Fluchtsituation ableiten, die wiederum auf gut gesicherten wissenschaftlichen Befunden basieren.

Mit dem Anwachsen der Zahl an Geflüchteten im Sommer 2015 ging eine Welle von Hilfsbereitschaft durch Deutschland. Geflüchtete wurden an den Bahnhöfen willkommen geheißen und von Freiwilligen versorgt. Die Kleiderkammern in den Aufnahmeeinrichtungen liefen über. Angela Merkel verkündete im September: „Wir schaffen das“. Gleichzeitig gab es durchgängig kritische und ablehnende Stimmen gegen die Menschen, die nach Deutschland kommen, und Rufe nach Grenzschließung sowohl aus den etablierten Parteien, vor allem aber von rechten und rechtsextremen Bewegungen. Die im Frühjahr 2015 schwächelnde PEGIDA und die AfD bekamen neuen Aufschwung. Die Unterstützung aus der Bevölkerung für Geflüchtete in Not hat inzwischen ein wenig an Enthusiasmus verloren, die freiwilligen Helfer_innen sind aber nach wie vor hoch engagiert. Seit dem Sommer 2015 ist jedoch auch die Zahl der Skeptischen, Ängstlichen und offen Ablehnenden gestiegen. Und die Intensität an Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt hat erheblich zugelegt, dokumentiert u. a. in der steigenden Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten.

Dieser Beitrag diskutiert einige sozialpsychologische Mechanismen und die Implikationen, die sich daraus für den gesellschaftlichen und politischen Umgang mit der gegenwärtigen Fluchtsituation ergeben. Die Empfehlungen basieren auf gut gesicherten wissenschaftlichen Befunden. Eine solche wissenschaftliche Absicherung erhöht die Chance, dass Maßnahmen auch zum gewünschten Ziel führen.

1) Der hier veröffentlichte Text wird vom Autor zur freien Verfügung gestellt unter https://www.uni-marburg.de/fb04/team-wagner/aktuelles/2016.02.17_demokratiemenschenfeindlichkeit.pdf

Die hier vorgetragenen Empfehlungen gehen von einigen Vorannahmen aus wie beispielsweise der, dass die Menschenrechte für alle gelten, unabhängig von Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit.

Kategorisierung

Menschen können die Welt sehr leicht in Kategorien einteilen und tun das oft, ohne viel nachzudenken: Große vs. Kleine, Autofahrer vs. Radfahrer, Russen vs. Amerikaner. Die Fähigkeit zu kategorisieren hilft, den Alltag zu bewältigen. Die Kategorisierung eines kreuzenden Verkehrsteilnehmers als Radfahrer veranlasst mich als Fußgänger zu einer anderen Geschwindigkeit beim Überqueren der Straße, als wenn ich den anderen Verkehrsteilnehmer als Autofahrer kategorisieren würde. Wir können solche Kategorisierungen ohne besondere Anstrengung und sehr schnell treffen, wir brauchen dazu keine besondere Konzentrationsleistung.

Kategorisierung ist hilfreich, sie führt aber auch zu Fehlschlüssen, wie übermäßiger Homogenisierung, d. h., wir nehmen Menschen als sehr viel ähnlicher zueinander wahr, als sie sind. Die Kategorie „Flüchtling“ ist nur von außen betrachtet homogen: Geflüchtete selbst sehen sich als sehr unterschiedlich voneinander. Von einer Außenperspektive werden Geflüchteten gemeinsame Eigenschaften, Stereotype, zugeschrieben, die sie nicht besitzen.

Stereotype gehen oft auf die Generalisierung von Einzelerfahrungen zurück. Die Beobachtung eines vermeintlich Geflüchteten bei einer Straftat kann dazu führen, dass wir dieses einzelne negative Verhalten mit der gesamten Gruppe in Verbindung setzen. Wir kommen zu dem Schluss: Alle Flüchtlinge sind Straftäter – immer. Verantwortlich für diesen Fehler ist, dass wir zu kognitiven Vereinfachungen neigen. Manchmal reicht für eine solche Stereotypisierung schon, dass wir vom negativen Verhalten eines Gruppenmitglieds nur indirekt erfahren, zum Beispiel von Freunden hören oder in der Presse lesen.

Unsere Stereotype über Gruppen knüpfen oft an bereits existierende gesellschaftlich geteilte Vorstellungen über diese Gruppen an. Das Bild von Einwanderern ist z. B. seit langem mit Vorstellungen von Bedrohung verknüpft: Sie sind aggressiv! Uns allen sind diese gesellschaftlich geteilten Stereotypen bekannt. Die Beobachtung eines einzelnen Straftäters aus der Gruppe der Flüchtlinge fällt damit auf fruchtbaren Boden, es deckt sich mit dem, was man sowieso schon ahnte oder meinte zu wissen.

Die praktischen und politischen Implikationen dieses Phänomens der Übergeneralisierung und Stereotypisierung besonders von negativen Erfahrungen auf die gesamte Gruppe liegen auf der Hand: Vorsicht bei der voreiligen Betonung von Gruppenmitgliedschaften, vor allem

wenn es um negative Verhaltensweisen Einzelner geht. Der Pressekodex des Presserates argumentiert daher sehr richtig, wenn er fordert, dass „die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt“ werden soll, „wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht“ (<http://www.presserat.de/presserat/>). Dieser Grundsatz ist im Zusammenhang mit den Ausschreitungen in Köln in der Silvesternacht 2015/6 heftig kritisiert worden. Gefordert wird, immer mit aller Offenheit die Herkunft von Tätern zu benennen. Eine solche Forderung missachtet die Tatsache, dass Menschen eben keine objektiven Informationsverarbeiter_innen sind und zur Übergeneralisierung neigen. Abwägung und Ausgewogenheit in unseren alltäglichen Äußerungen, in Veröffentlichungen von Polizei, Politik und Medien sind daher nach wie vor angebracht. Und wenn Gruppenzugehörigkeiten aus o. g. Gründen genannt werden müssen, sollte das mit Vorsicht geschehen, wie beispielsweise wenn es um die Nennung von Gruppenmitgliedschaften in Schlagzeilen geht.

Gruppenmitgliedschaften und Eigengruppenaufwertung

Von besonderer Bedeutung sind Kategorisierungen, bei denen wir selbst einer der Kategorien zugehören: Anhänger „meines“ Fußballvereins vs. die anderen, Menschen desselben oder des anderen Geschlechts oder Menschen aus demselben Land wie ich vs. die Fremden. Sozialpsychologische Forschung zeigt, dass wir dazu neigen, Gruppen, denen wir zugehören, aufzuwerten und „fremde“ Gruppen abzuwerten und zu diskriminieren. Dieses Phänomen zeigt sich unter experimentellen Bedingungen – in den sogenannten „minimal group experiments“ – selbst dann, wenn wir wissen, dass wir zufällig einer „Gruppe“ zugeordnet werden, wie beispielsweise durch eine Losentscheidung (Billig, Tajfel, 1973), und wir die anderen Gruppenmitglieder nicht einmal genau kennen.

Die Erklärung für dieses Phänomen der Eigengruppenbevorzugung (engl. „ingroup bias“) geht nach der Theorie der Sozialen Identität (Tajfel, 1978) auf zwei Prozesse zurück: Erstens, Gruppenmitgliedschaften sagen uns, wer wir sind, Gruppenmitgliedschaften definieren einen wichtigen Teil unserer Identität: Wir bestimmen uns und unsere Identität durch Anhängerschaft an einen Fußballverein, durch Mitgliedschaft in einer bestimmten Berufsgruppe und/oder Mitgliedschaft in einer nationalen oder ethnischen Gruppe. Zweitens streben wir, als Menschen, die in kapitalistisch-kompetitiven Gesellschaften sozialisiert wurden, unter vielen Bedingungen danach, besser zu sein als andere. Das beinhaltet auch das Streben nach einer positiven Identität. Daraus ergibt sich: Wir wollen Gruppen angehören, die besser sind als Andere und die uns so dabei helfen, aus dieser Gruppenmitgliedschaft eine positive Identität abzuleiten. Die Abwertung der Anderen dient also der Aufwertung der eigenen Gruppe und der damit verbundenen Identität.

Eine Voraussetzung für das Phänomen der Eigengruppenbevorzugung ist, dass wir uns mit einer zugeschriebenen Gruppenmitgliedschaft identifizieren. Nur wenn wir eine Gruppenmitgliedschaft auch als für uns wichtig anerkennen, wird diese Gruppenmitgliedschaft identitätsrelevant. Umfrageforschung zu den Auswirkungen nationaler Identifikation unterstützt diese Annahme: Menschen, die sich mit ihrem Land hoch identifizieren, werten Fremde eher ab (Wagner et al., 2012). Eine zweite Voraussetzung für die Abwertung der Anderen ist, dass die jeweilige Gruppenzugehörigkeit in einer Situation von Bedeutung, d. h. salient, ist. Wir rechnen uns in der Regel sehr verschiedenen Gruppen zu. Es hängt von der jeweiligen Gruppensituation ab, welche „potenzielle“ Gruppenzugehörigkeit für unsere Urteile und unser Verhalten relevant werden. Ein Gespräch mag einen ruhigen Verlauf nehmen, bis die Gesprächspartner_innen sich einem politischen Thema zuwenden und dabei feststellen, dass sie unterschiedlichen politischen Parteien anhängen: die Parteigruppenzugehörigkeit wird dann salient und damit urteils- und verhaltenswirksam.

Wieder liegen die praktischen Implikationen aus dem Phänomen der Eigengruppenbevorzugung auf der Hand: Die Betonung, das Salient-Machen von Eigengruppenmitgliedschaften beinhaltet die Gefahr der Ablehnung und Abwertung derjenigen, die nicht dazugehören. Nationalismus ist gefährlich.

Ressourcenkonflikte

Sozialwissenschaftliche Forschung zeigt, dass Kategorisierung besonders dann erlebens- und verhaltensrelevant wird und Gruppen sich intensiv voneinander abgrenzen, diskriminieren und gewalttätig gegeneinander vorgehen, wenn sie sich in Konflikte um materielle Ressourcen eingebunden sehen (Sherif, Sherif, 1969), wenn also die Behauptungen zirkulieren, dass die Anderen „unseren“ Wohlstand gefährden, im Zugang zu Wohnraum und Arbeitsplätzen mit uns konkurrieren und uns die Frauen wegnehmen. Dabei ist es hinreichend, dass die Beteiligten glauben, in einen Konflikt um begrenzte materielle Ressourcen eingebunden zu sein. Seit den im Sommer 2015 merklich gestiegenen Einwanderungszahlen gerät die Unterstützung von Geflüchteten scheinbar immer stärker in Konflikt mit Interessen der einheimischen Bevölkerung, beispielsweise durch Belegung von Turnhallen oder auch durch angeblich übermäßige Alimentierung von Geflüchteten in Deutschland.

Auseinandersetzungen um materielle Ressourcen zwischen einheimischer Bevölkerung (oder Teilen von ihr) und Geflüchteten sind zu vermeiden, insbesondere, wenn fälschlicherweise ein solcher Eindruck provoziert wird. Sachverhalte sind richtigzustellen. Die neue Einwanderung bringt auch viele Vorteile, wie Möglichkeiten des Erhalts oder Ausbaus ansonsten gefährdeter Infrastruktur, z. B. im ländlichen Raum. Deutlich werden muss auch, dass die gegenwärtige „Flüchtlingskrise“ einige Versäumnisse offenlegt, wie die Knappheit

bezahlbaren Wohnraumes als Folge langjähriger Vernachlässigung einer angemessenen öffentlichen Förderung.

Konditionierung von Emotionen

Ein besonders konflikteskalierender Faktor kommt zum Tragen, wenn die jeweilige andere Gruppe mit negativen Emotionen verknüpft ist, wenn sie beispielsweise Angst auslöst (Stephan, Renfro, 2002). Die Verbindung der fremden Gruppe mit Emotionen wie Angst, Hass oder auch Ekel verschärft die Eigengruppen-Fremdgruppentrennung und die Abwertung der Anderen.

Angst kann durch einmalige Ereignisse konditioniert werden: Die Ereignisse und Berichte aus der Silvesternacht in Köln beispielsweise waren für die unmittelbaren Opfer traumatisch, aber auch bei Betrachter_innen der Fernsehberichte und Leser_innen der Zeitungsnachrichten können die Hilflosigkeit der Opfer und die Verletzungen ihrer körperlichen Unversehrtheit zu Angst führen. Angst und andere Emotionen neigen zur Generalisierung: Nicht nur der Bahnhofsvorplatz in Köln löst bei den Beobachter_innen Angst aus, nicht nur die konkreten Täter, die dort in Erscheinung getreten sind, sondern auch ähnliche Orte bei Dunkelheit und ähnliche Menschen, Geflüchtete generell. Angst führt zu Vermeidung und Rückzug vor den ursprünglichen Orten und Menschen, aber auch vor denjenigen, auf die die Angst generalisiert: Auch wenn das Gefährdungsrisiko sehr niedrig ist, fangen Menschen an, dunkle Orte und die Nähe zu anderen zu vermeiden, die wie Geflüchtete aussehen. Angst kann in Hass umschlagen – und dies geschieht vor allem dann, wenn rechte Propaganda dies nahe legt. Hass führt zur Attacke und zu Gewalt gegen das Hassobjekt, also gegebenenfalls gegen Menschen, die wie Geflüchtete aussehen (Wagner, Christ, 2007).

Die traumatisierten direkten Opfer der Kölner Ereignisse benötigen u. U. professionelle psychologische Hilfe. Beobachter_innen dieser und ähnlicher aversiver Ereignisse, die – oft irrational – mit Flucht und Geflüchteten in Verbindung gebracht werden, wie Berichte über Terrorattacken, sollten ihrer Angst entgegenarbeiten. Eine Möglichkeit dazu besteht darin, sich in ungefährlichen Situationen der angstausslösenden Situation zu stellen: Ein Spaziergang in der Dunkelheit mag zunächst unangenehm sein, mit der Zeit bemerkt man aber, wie die Angst zurückgeht. Nach den Ereignissen in Köln stieg die Nachfrage nach Waffen deutlich, von Pfeffersprays bis zu Schreckschusspistolen. Die Polizei rät von solchen Maßnahmen ab, weil die Waffen im Konfliktfall auch gegen die Verteidiger_innen eingesetzt werden können. Aus psychologischer Sicht besteht darüber hinaus die Gefahr, dass die betroffenen Menschen sich nur noch dann in der Lage sehen, sich frei zu bewegen, wenn sie diese Hilfsmittel mit sich tragen.

Seit den Ausschreitungen in Köln findet man vermehrt Berichte über die Gründung von Bürgerwehren zur Selbstverteidigung. Demokratietechnisch und aus sozialpsychologischen Überlegungen heraus sind solche Maßnahmen – vorgeblich zur Angstbewältigung – inakzeptabel. Zum einen kann auch die Gründung und Beteiligung an einer Bürgerwehr zur Folge haben, dass von Angst eingeschränkte Menschen sich nur noch in Begleitung im öffentlichen Raum bewegen können. Besonders bedeutsam sind die Konsequenzen für das demokratische Gemeinwesen: Eine Errungenschaft der Moderne ist, dass vielerorts der Staat das Gewaltmonopol für sich in Anspruch nimmt. D. h., die Bürgerinnen und Bürger verzichten auf das Tragen von Waffen und auf die Exekution von Selbstjustiz. Der Staat gewährt dafür ihre Sicherheit und sorgt für die Sanktionierung von Gesetzesübertretungen. Mit der Gründung von Bürgerwehren wird dieses Prinzip ausgehöhlt. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Bürgerwehren gewaltaffine Menschen im besonderen Maße anziehen und so selbst zur Eskalation von Gewalt beitragen. Beispiele aus den USA machen das deutlich. Notwendig, statt der Etablierung von Selbstverteidigungstruppen, ist die sichtbare Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols, u. a. durch hinreichende personelle Ausstattung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden.

Politische Instrumentalisierung

Generell gilt: Wir suchen in unserem sozialen Umfeld nach Informationen, um Orientierungen zu bekommen. Dabei suchen wir nicht kritisch nach allen möglichen Informationen, sondern bevorzugt nach solchen, die unseren eigenen Vermutungen und Präferenzen entsprechen (Festinger, 1954). Wir weisen Informationen zurück, die unseren eigenen Überzeugungen eher widersprechen. Menschen sind keine rationalen Informationsverwerter, sondern kapseln sich mit ihren Überzeugungen ab, zusammen mit solchen, die dieselben Auffassungen vertreten. Dies kann zu kollektiv verzerrten Wahrnehmungen und extremen Reaktionen führen.

Viele Menschen sind vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Einwanderung und der Diskussion verunsichert. Sie versuchen, die Situation zu verstehen und sich auszumalen, wie die Zukunft weitergeht. Merkels „Wir schaffen das“-Aussage hat bislang offen gelassen wie. Es gibt unzählige Vorschläge aus den verschiedenen politischen Lagern, viele unausgegoren, widersprüchlich und erkennbar nicht umsetzbar. Das unbefriedigte Bedürfnis nach Erklärungen hat wesentlich mit dazu beigetragen, dass sich Menschen vermehrt denjenigen zugewandt haben, die ihnen einfache Erklärungen liefern: die populistischen Rechten und Rechtsextremen. Diese verstehen es ausgezeichnet, das „Flüchtlingsthema“ für ihre Interessen zu instrumentalisieren: Sie geben einfache Antworten, reden von der Lügenpresse der Anderen und vermehren auf diesem Weg ihre Stimmenanteile für anstehende Wahlen. So genannte soziale Netzwerke unterstützen die Abkapselung und Ausgrenzung Andersden-

kender: Man kommuniziert bevorzugt mit denjenigen, die das stützen, was man sowieso schon denkt (Del Vicario et al., 2015), und wertet die Anderen aggressiv ab – ein Prozess, der durch die Anonymität des Netzes massiv unterstützt wird.

Die Menschen erwarten eine Antwort auf die Frage, wie es weitergeht. Es geht um generelle Strategien, nicht um Zeitpläne im Detail. Die Regierung muss ihrer Aufgabe nachkommen und deutlich machen, wie ein Weg aussieht, der Bedürfnisse von Geflüchteten und der einheimischen Bevölkerung angemessen einbezieht. Und sie muss ihre Strategie nachvollziehbar begründen und kommunizieren. Rechtsextreme Überschreitungen der Meinungsfreiheit sind klar zu sanktionieren.

Gegenmaßnahmen: Informationen und Kontakt

Die sozialpsychologische Forschung zeigt, dass zwei Strategien effizient sind, um gegen Vorurteile vorzugehen: Informationskampagnen und Kontaktprogramme. Informationskampagnen gegen Vorurteile sind vor allem dann effektiv, wenn sie empathisch auf die benachteiligte Situation der Ausgegrenzten hinweisen (Lemmer, Wagner, in prep.), wenn sie also deutlich machen, welche Leiden und Opfer Geflüchtete in ihren Herkunftsländern, auf dem Fluchtweg und auch in Deutschland auf sich nehmen. Kontakt zwischen Mitgliedern von Gruppen, die einander ablehnen, führt ebenfalls effektiv zur Reduktion von Vorurteilen (Pettigrew, Tropp, 2006; Lemmer, Wagner, 2015), wenn er nicht unter äußerst ungünstigen Bedingungen stattfindet. Kontakt führt zum Abbau negativer Emotionen, vermittelt Kenntnisse über die andere Gruppe und ermöglicht es, sich besser in die Situation der Anderen hineinzuversetzen und damit Kategoriengrenzen zu entschärfen. Kontakterfahrungen erlauben auch einen neuen und aufgeklärteren Blick auf die eigene Gruppe (Pettigrew, Tropp, 2008). Allerdings zeigt die Forschung auch, dass gerade diejenigen, die fremde Gruppen besonders ablehnen, anderslautenden Informationen und Kontakt aus dem Wege gehen (Kauff et al., 2013). Zu den Vermeidenden gehören vor allem diejenigen, die bislang keine Erfahrung mit Einwander_innen haben, weil der Anteil von Nachbar_innen mit Migrationshintergrund gering ist (Wagner et al., 2006). Hilfreich bei solch verfestigten und polarisierten Einstellungen ist, wenn die stark Ablehnenden feststellen, dass in ihrem Umfeld durchaus Kontakte gepflegt werden, die Offenheit der Gesellschaft also zur sozialen Norm gehört (Christ et al., 2014). Auf das politische Klima in der Gemeinde und im Staat kommt es an, das Kontakt für wünschenswert und selbstverständlich hält oder nicht. Inzwischen gibt es eine Reihe von Kontaktinterventionen, die gezielt Kontakte zwischen Geflüchteten und Einheimischen – z. B. in der Schule – initiieren, um auf diesem Wege Vorurteile zu reduzieren (Lanphen, 2011).

Gefordert sind politische Antworten auf die Fragen nach einem menschlichen Umgang mit dem Fluchtproblem (s. o.). Neben klar kommunizierten und nachvollziehbaren Informationen gehören dazu auch die Möglichkeiten zu Kontakt zwischen Einheimischen und Neu-Hinzugekommenen. Die Aufenthaltszeiten in den großen Aufnahmeeinrichtungen sind zu verkürzen, notwendig sind kleine Einheiten, die Kontakt mit dem Umfeld erlauben. Geflüchtete gehören in die Gemeinden. Zu diskutieren ist auch die Aufgabe des Königsteiner Schlüssels, dessen Anwendung dazu führt, dass Bezirke mit bislang geringem Migrantanteil auch zukünftig relativ wenig Migrant_innen aufnehmen und damit nur geringe Chancen erhalten, interkulturelle Erfahrungen zu sammeln.

Integration

In der Sozialpsychologie wird unter Integration eine Form des Zusammenlebens verstanden, die es den Mitgliedern zweier Gruppen, z. B. Alteingesessenen und Einwander_innen, erlaubt, aufeinander zuzugehen und mit den jeweils eigenen kulturellen Hintergründen neue Kulturstandards zu entwickeln. Wenn nur von der einen Gruppe erwartet wird, sich an die andere anzupassen, spricht man hingegen von Assimilation (Berry, 1997). Die gegenwärtige politische Diskussion um Integration meint in diesem Sinne häufig Assimilation: sie bezieht sich darauf, dass Flüchtlinge Wohnraum erhalten, in die Bildungs- und Ausbildungssysteme kommen bzw. ihre Berufsqualifikation anerkannt und angepasst wird und sie einen Arbeitsplatz bekommen. Diskutiert wird auch, dass Geflüchtete sich den deutschen Gesetzen anpassen müssen.

Die allgemeine Akzeptanz der deutschen und europäischen Gesetze steht, einige Besonderheiten im Zusammenhang mit der gesetzlichen Regelung von Einwanderung ausgenommen, eigentlich außer Frage. Selbst die Straftäter unter den Geflüchteten werden die Gesetze selbst nicht anzweifeln. Sie wissen, wann sie diese übertreten. Integrationsmaßnahmen müssen sich daher weniger auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen beziehen als auf den alltäglichen Umgang miteinander. Auch wenn die Gleichstellung von Frau und Mann anerkannt wird, bedeutet das noch nicht deren Umsetzung in allen Lebensbereichen, wie die Diskriminierung von Frauen – auch unter Einheimischen – zeigt. Das Aufwachsen in einer Kultur prägt die Formen des Umgangs miteinander. Wenn Menschen aus verschiedenen Kulturen aufeinandertreffen, bemerken sie das in Unterschieden in ihren alltäglichen Umgangsformen, wie in der Art der Begrüßung, angemessenem körperlichen Abstand zueinander, angemessener Lautstärke, Essen und Essenszeremonien etc. Kultur prägt, kann aber auch umgelernt werden (vgl. z. B. Thomas, Simon, 2007). Hier gibt es interessante Entwicklungsmöglichkeiten für beide Seiten – für Einwander_innen und schon länger Ansässige.

Darüber hinaus sind Integrationsmaßnahmen mit einer langfristigen Perspektive anzulegen. Das bedeutet, die sprachliche, schulische und berufliche Ausbildung ist so zu gestalten, dass

Einwanderer_innen gute Chancen haben, in qualifizierte Berufe zu kommen. Die vorwiegend jungen Migrant_innen und ihre Familien würden so in die Lage versetzt, ihren Lebensunterhalt dauerhaft sicherzustellen, und damit auch zur Entschärfung der drohenden Überalterung der deutschen Gesellschaft beitragen.

Gesetzesübertretungen bedürfen der Verfolgung und Sanktionierung. Dabei kommt es eher darauf an, dass solche Sanktionen möglichst unmittelbar erfolgen, als auf die Schwere der Sanktionen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als hätten Gesetzesverletzungen für Teile der Bevölkerung keine Konsequenzen. Das setzt hinreichende Kapazitäten bei Polizei, Sozialarbeit und den Gerichten voraus.

Darüber hinaus muss intensiv darin investiert werden, interkulturelle Kompetenz zu fördern und Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen die Möglichkeit zu geben, umzulernen und einander zu verstehen. Integration im Sinne des Aufeinander-Zugehens und die Entwicklung interkultureller Kompetenz müssen wichtiger Kernbestandteil der Bildungs- (Kindergarten, Schule, Universität) und Ausbildungssysteme werden.

Die sprachliche, schulische und berufliche Ausbildung von Migranten ist so anzulegen, dass sie an den tatsächlichen Kompetenzen der Menschen ansetzt. Das kann beispielsweise heißen, die Schulpflicht auch über das achtzehnte Lebensjahr hinaus zu verlängern und alle Möglichkeiten zu bieten, eine qualifizierte berufliche Ausbildung zu erlangen (Heußner, 2016).

Nachwort

Dieser Beitrag hat sich vornehmlich auf die aufnehmende Gesellschaft konzentriert. Die Bedürfnisse und Nöte der Geflüchteten standen hier nicht im Vordergrund. Auch sie, die Geflüchteten und ihre Bedürfnisse, benötigen dringend einer intensiveren öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Beachtung, um effektiv Hilfe zu bieten.

Literatur

- Berry, J. W. (1997). Immigration, acculturation and adaptation. *Applied Psychology: An International Review* 46, S. 5-34.
- Billig, M., Tajfel, H. (1973). Social categorization and similarity in intergroup behaviour. *European Journal of Social Psychology* 3, S. 27-52.
- Christ, O., Schmid, K., Lolliot, S., Swart, H., Stolle, D., Tausch, N., Ramiah, A. A., Wagner, U., Vertovec, S., Hewstone, M. (2014). Contextual effect of positive intergroup contact on outgroup prejudice. *PNAS Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 111, S. 3996-4000.

- Del Vicario, M., Bessi, A., Zollo, F., Petroni, F., Scala, A., Calderelli, G., Stanley, H.E., Quattrociocchi, W. (2015). The spreading of misinformation online. PNAS, December 4.
- Festinger, L. (1954). A theory of social comparison processes. Human Relations 7, S. 117-140.
- Heußner, H. (2016). Chancen der Einwanderung. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Konflikte in Gegenwart und Zukunft“, Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg, 16.02.2016.
- Kauff, M., Asbrock, F., Thörner, S., Wagner, U. (2013). Side effects of multiculturalism – The interaction effect of multicultural ideology and authoritarianism on prejudice and diversity beliefs. Personality and Social Psychology Bulletin 39, S. 305-320.
- Lanphen, J. (2011). Kooperatives Lernen und Integrationsförderung: Eine theoriegeleitete Intervention in ethnisch heterogenen Schulklassen. Münster: Waxmann.
- Lemma, G., Wagner, U. (2015). Can we reduce prejudice outside the lab? A metaanalysis of direct and indirect contact interventions. European Journal of Social Psychology 45, S. 152-168.
- Lemma, G., Wagner, U. (in prep.). The benefits of walking in the shoes of an outgroup: A meta-analysis of information interventions to reduce ethnic prejudice.
- Pettigrew, T. F., Tropp, L. R. (2006). A meta-analytic test of intergroup contact theory. Journal of Personality and Social Psychology 90, S. 751-783
- Pettigrew, T. F., Tropp, L. R. (2008). How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. European Journal of Social Psychology 38, S. 922-934.
- Sherif, M., Sherif, C.W. (1969). Social psychology. New York: Harper & Row.
- Stephan, W. G., Renfro, C. L. (2002). The role of threat in intergroup relations. In: Mackie, D.M., Smith, E.R. (eds.), From prejudice to intergroup relations. New York: Psychology Press, S. 191-207.
- Tajfel, H. (1978). Differentiation between social groups. London: Academic Press.
- Thomas, A., Simon, P. (2007). Interkulturelle Kompetenz. In: Trommsdorff, G., Kornadt, H.J. (Hrsg.). Anwendungsfelder kulturvergleichender Psychologie. Göttingen: Hogrefe, S. 135-184.
- Wagner, U., Becker, J.C., Christ, O., Pettigrew, T. F., Schmidt, P. (2012). A longitudinal test of the relation between German nationalism, patriotism and outgroup derogation. European Sociological Review 28, S. 319-332.
- Wagner, U., Christ, O. (2007). Intergroup aggression and emotions: A framework and first data. In: Gollwitzer, M., Steffgen, G. (Hrsg.). Emotions and aggressive behavior. Göttingen: Hogrefe & Huber, S. 133-148.
- Wagner, U., Christ, O., Pettigrew, T.F., Stellmacher, J., Wolf, C. (2006). Prejudice and minority proportion: Contact instead of threat effects. Social Psychology Quarterly 69, S. 380-390.

Ulrich Wagner (Marburg). Professor für Sozialpsychologie am Fachbereich Psychologie und im Zentrum für Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Leiter der Arbeitseinheit Sozialpsychologie. Er forscht zu der Erklärung, Reduktion und Prävention von Konflikten zwischen Gruppen – insbesondere zu den Themen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt.

Wagner1@staff.uni-marburg.de